

NAVIGIEREN DURCH DESINFORMATION: EIN UMFASSENDE LEITFADEN

Dieser Leitfaden wurde im Rahmen von [FERMI](#) (Fake nEws Risk Mitigator) [Projekt 101073980] entwickelt, einem Horizon Europe- Projekt, das die Ursachen, die Verbreitung und die Auswirkungen von Desinformationen und Fake News untersucht und zu bekämpfen versucht. Dieser Leitfaden ist in erster Linie von den Erkenntnissen des FERMI-Webinars "A dive into the societal landscape of disinformation - Balancing between Law Enforcement and Fundamental Rights to Increase Digital Trust" inspiriert und abgeleitet, das am 23.02.2024 stattgefunden hat.

Das Ziel ist es, den Leser mit einigen grundlegenden Kenntnissen und Ressourcen auszustatten, um in den trüben Gewässern der Desinformationslandschaft zu navigieren. Dieser Leitfaden sollte idealerweise vor oder nach dem Webinar-Video (zu finden auf der [FERMI website](#)) gelesen werden und bietet somit ein umfassendes Paket, das vertieftes Wissen vermittelt, das Verständnis fördert und zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Desinformationen anregt.

PARTNERS



DESINFORMATIONEN VERSTEHEN

Desinformationen sind ein komplexes Phänomen, dessen Komplexität nicht nur in der Herausforderung besteht, es richtig zu definieren, sondern auch in der Art und Weise, wie es sich manifestiert und das soziale Gefüge einer Gesellschaft beeinflusst. Desinformationen sind kein neues Phänomen, doch die digitale Technologie, die bei Online-Desinformationen zum Einsatz kommt, ist erst vor kurzem entstanden und hat dazu beigetragen, die Auswirkungen von Desinformationen exponentiell zu verstärken. Von Propagandatechniken bis hin zur algorithmusgesteuerten Verstärkung von Falschmeldungen auf Social-Media-Plattformen haben sich die Strategien und die Reichweite von Desinformationskampagnen erheblich weiterentwickelt. In der digitalen Gesellschaft, in der wir leben, wird die Landschaft der zugänglichen Informationen durch das komplizierte Geflecht aus Desinformationen, Fehlinformationen und unzureichenden Informationen noch komplizierter. Der Schwerpunkt sollte auf der Absicht liegen, die hinter der Verbreitung von Falschinformationen steht, da dies ein entscheidender Faktor sein kann.

Es gibt feine Unterscheidungen zwischen Konzepten, die sich auf die Absicht hinter der Verbreitung konzentrieren. Fehlinformationen werden im Gegensatz zu Desinformationen ohne böswillige Absicht verbreitet und beruhen oft auf Missverständnissen oder falscher Kommunikation. Bei Falschinformationen hingegen werden wahrheitsgemäße Informationen mit der Absicht verbreitet, Schaden anzurichten. Das Verständnis dieser Unterscheidungen und der jeweiligen Herausforderungen bei der Definition und Verfolgung von Desinformation ist der Schlüssel zur Entwicklung wirksamer Strategien, um ihre Auswirkungen zu mindern und die Bemühungen von Einzelpersonen, Organisationen und Regierungen zum Schutz der Integrität von Informationen zu lenken.

DER RECHTLICHE RAHMEN DER DESINFORMATIONSLANDSCHAFT

Die Definition von Desinformationen innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus ist mit Herausforderungen verbunden. Trotz mehrerer Grundsatzdokumente und Versuche, ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, gibt es keine allgemeine Einigung darüber, was Desinformationen sind.

In einem dieser Schlüsseldokumente finden wir eine allgemein gebräuchliche Definition von Desinformationen, die in der politischen Entscheidungsfindung verwendet wird. Darin heißt es: „Unter Desinformationen versteht man nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die zum wirtschaftlichen Vorteil oder zur absichtlichen Täuschung der Öffentlichkeit erstellt, präsentiert und verbreitet werden und der Öffentlichkeit Schaden zufügen können“.¹ Dieser Mangel an Konsens erschwert nicht nur die rechtlichen und regulatorischen Bemühungen, sondern kann auch die internationale

¹ European Commission, *Action Plan against Disinformation* (Joint Communication to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, 2018), p. 1. Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/GA/TXT/?uri=CELEX:52018JC0036> [Europäische Kommission, Aktionsplan gegen Desinformationen (Gemeinsame Erklärung gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen, 2018), p. 1. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/GA/TXT/?uri=CELEX:52018JC0036>].

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation behindern.

Eine kurze Analyse dieser allgemein verwendeten Definition von Desinformationen zeigt die Nuancen von Desinformationen und die Schwierigkeiten, sie zurückzuverfolgen und sie von anderen Formen falscher oder irreführender Inhalte zu unterscheiden.

HERAUSFORDERUNGEN BEI DER RECHTLICHEN DEFINITION VON DESINFORMATIONEN

Im Gegensatz zu anderen Arten illegaler oder schädlicher Inhalte ist es wahrscheinlicher, dass Desinformationen mit legalen Inhalten verwechselt werden, so dass die Gefahr eines Spill-over-Effekts besteht. Darüber hinaus ist die Absicht, wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen oder die Öffentlichkeit zu täuschen, schwer zu beurteilen, und es muss zwischen böswilligen Desinformationsakteuren und Personen, die versehentlich falsche Informationen verbreiten, unterschieden werden. Hinzu kommt, dass diese Handlungen/Absichten in den meisten Fällen nicht auf einen einzelnen Akteur, sondern auf eine Vielzahl von Akteuren zurückgeführt werden können.

Es ist eine echte Herausforderung, das Potenzial für die Schädigung der Öffentlichkeit im Voraus einzuschätzen, z. B. die negative Beeinflussung demokratischer Prozesse. Die Feststellung, was falsch (oder irreführend) ist, erfordert eine sorgfältige Bewertung des Kontexts und der Umstände (dies kann online besonders schwierig sein).

Darüber hinaus erfordert die Feststellung, ob eine Information falsch oder irreführend ist, eine sorgfältige Bewertung des Kontexts und der Umstände, eine Aufgabe, die in der Online-Umgebung besonders schwierig ist. Diese Komplexität und der fehlende Konsens bei der Definition des Phänomens führen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Festlegung standardisierter rechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen. Bei der Bekämpfung von Desinformationen sollte der Schutz der Grundrechte und der demokratischen Werte im Mittelpunkt der Bemühungen stehen.

Artikel 51.1 der EU-Grundrechtecharta schreibt vor, dass alle Einschränkungen der in der Charta anerkannten Rechte und Freiheiten rechtlich begründet, wesentlich und verhältnismäßig sein müssen, wobei der Kern dieser Rechte zu achten ist. Solche Beschränkungen sind nur dann zulässig, wenn sie notwendig sind, um von der EU anerkannte Ziele von allgemeinem Interesse zu erreichen oder die Rechte und Freiheiten anderer zu schützen. Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) müssen Gesetze, die Beschränkungen auferlegen, zugänglich, klar und nicht-diskriminierend sein, um sicherzustellen, dass jede Einschränkung der Grundrechte vorhersehbar und durch ein legitimes öffentliches Interesse wie die nationale Sicherheit oder die Verbrechensbekämpfung gerechtfertigt ist.

EU-POLITIK ZU DESINFORMATION

Die Europäische Union hat die von Desinformationen ausgehende Bedrohung erkannt und mehrere Strategien zu ihrer Bekämpfung entwickelt. Zu den hervorzuhebenden Initiativen gehört der „Europäische Aktionsplan gegen Desinformationen“, der darauf abzielt, die Fähigkeit der EU zur Erkennung und Bekämpfung von Desinformationen zu verbessern, die Zusammenarbeit und gemeinsame Reaktionen zu fördern und gleichzeitig den Privatsektor zu mobilisieren, damit er seinen Verpflichtungen zur Bekämpfung von Desinformationen nachkommt und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbessert. Der „Verhaltenskodex für Desinformation“ verfolgt einen gezielteren Ansatz und bezieht

Technologieunternehmen in die Bemühungen ein, die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen. Er richtet sich speziell an Online-Plattformen und die Werbeindustrie. Er kann als Selbstregulierungsrahmen betrachtet werden, der die Verpflichtung enthält, Desinformationen durch verschiedene Maßnahmen zu bekämpfen, z. B. durch mehr Transparenz, die Förderung vertrauenswürdiger Inhalte und die Stärkung der Nutzer.

RISIKEN BEI DER REGULIERUNG VON DESINFORMATIONEN – FOLGEN FÜR DIE GRUNDRECHTE

Die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die wirksam gegen Desinformationen vorgehen, ohne die Freiheitsrechte zu verletzen, stellt eine große Herausforderung dar. Rechtliche Debatten in der EU drehen sich oft darum, die Schwelle zu bestimmen, ab der Regulierungsmaßnahmen notwendig werden, um öffentliche Interessen zu schützen, ohne in Zensur zu verfallen oder Rechte zu verletzen.

Desinformationen können als eine Form der Meinungsäußerung angesehen werden, auch wenn sie potenziell schädlich sind. Die Notwendigkeit, Desinformationen zu regulieren, kann Grundfreiheiten und Belange der Privatsphäre betreffen. Die Einschränkung von Desinformationen im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der EU-Grundrechtecharta (GRC) erfordert eine heikle Abwägung, um einen Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung zu vermeiden, der nur bei berechtigten öffentlichen Interessen zulässig ist. Diese Überlegungen bergen jedoch erhebliche Risiken, einschließlich des Potenzials für weit gefasste oder vage Definitionen, die rechtmäßige Äußerungen in unangemessener Weise einschränken und zu einem Abschreckungseffekt führen, wodurch Einzelpersonen aus Angst vor Sanktionen Selbstzensur üben. Darüber hinaus können die Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden, Desinformationsakteure zum Zwecke der Verbrechensverhütung oder der Ermittlung aufzuspüren, die Rechte auf Privatsphäre und Datenschutz beeinträchtigen. Die EU schützt diese Rechte im Rahmen der Allgemeinen Datenschutzverordnung (DSGVO) und der Strafverfolgungsrichtlinie, was Bedenken hinsichtlich der Massenüberwachung und des unverhältnismäßigen Datenzugriffs und der Datenspeicherung weckt. Dieses Überwachungsrisiko, insbesondere wenn es um sensible Informationen wie politische Meinungen oder religiöse Überzeugungen geht, verstärkt die abschreckende Wirkung auf die Meinungsfreiheit und unterstreicht das komplexe Zusammenspiel zwischen der Wahrung öffentlicher Interessen und dem Schutz der Rechte des Einzelnen.

EIN BALANCEAKT: DIE BEKÄMPFUNG VON DESINFORMATIONEN IN EINKLANG MIT GRUNDRECHTEN

Während EU-Recht Desinformationen nicht direkt reglementiert, zielt das Gesetz über digitale Dienste (DSA) darauf ab, sie durch die Zusammenarbeit zwischen Online-Plattformen, Suchmaschinen und Behörden einzudämmen. Sehr große Online-Plattformen (Very Large Online Platforms, VLOPs) und sehr große Suchmaschinen (Very Large Search Engines, VLOSEs) werden beauftragt, systemische Risiken zu bewerten, insbesondere solche, die den zivilgesellschaftlichen Diskurs und die öffentliche Sicherheit betreffen, und die notwendigen Maßnahmen zur Risikominderung umzusetzen. Dazu gehört auch, dass sie vorrangig auf „vertrauenswürdige Hinweisgeber“ reagieren, bei denen es sich um Strafverfolgungsbehörden handeln kann. Es gibt jedoch Herausforderungen, wie z. B. eingangs erwähnt das Fehlen einer einheitlichen EU-Definition von Desinformation, das den VLOPs und VLOSEs einen beträchtlichen Ermessensspielraum bei der Verabschiedung von Maßnahmen zur Risikominderung und beim Einsatz automatischer Moderationswerkzeuge lässt. Dies wiederum gibt Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Grundrechte, einschließlich der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen, die diese Rechte einschränken könnten. Die Regulierung der Inhaltsmoderation zwischen öffentlichen und privaten Stellen muss die Achtung der Grundrechte gewährleisten und Transparenz und Fairness bei den Maßnahmen zur Beseitigung von Inhalten einschließen. Darüber hinaus ist es wichtig, einen unabhängigen

Aufsichtsmechanismus einzurichten, um die Zusammenarbeit bei der Moderation von Inhalten auszugleichen und die Verletzung von Grundrechten zu verhindern.

Die Strafverfolgungsbehörden sollten gegen Desinformationen im Rahmen der Gesetze vorgehen und dabei die Grundrechte und demokratischen Werte wahren. Ein verbesserter Schutz sensibler personenbezogener Daten ist angesichts des Eingriffspotenzials der Überwachungstechnologien ein entscheidender Schritt. Jede Maßnahme zur Bekämpfung von Desinformationen muss klar und vorhersehbar sein, um eine Grenzüberschreitung zu verhindern, mit einer etablierten, wenn auch indirekten Verbindung zu den legitimen Zielen, die sie erfüllen sollen, und um die Verhältnismäßigkeit im Verhältnis zur Schwere der Bedrohung zu gewährleisten.

DIE ALLGEMEINEREN GESELLSCHAFTLICHEN FOLGEN VON DESINFORMATIONEN

Wie oben analysiert, beginnt eine der größten Herausforderungen, mit denen wir im Zusammenhang mit dem Desinformationsphänomen konfrontiert sind, bereits bei der Festlegung einer einheitlichen Definition von Desinformationen. Diese Schwierigkeit bei der Definition von Desinformationen ergibt sich aus den verschiedenen Methoden, mit denen Informationen zur Fehlinformation verzerrt werden können, abgesehen vom Inhalt selbst. Daher ist ein differenzierteres Verständnis von Desinformationen erforderlich. Desinformationen sind eine gewaltige Kraft, die zu dem beiträgt, was zunehmend als „Informationsstörung“ bezeichnet wird. Die Informationsstörung umfasst eine Reihe von Komplikationen im Zusammenhang mit der Art und Weise, wie Informationen erstellt, weitergegeben und empfangen werden, insbesondere im digitalen Zeitalter. Sie ist gekennzeichnet durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Desinformationen und Fehlinformationen.

Informationsstörungen sind nicht nur ein technisches Problem, sondern auch ein gesellschaftliches Problem, das die Ausnutzung emotionaler und psychologischer Schwachstellen beinhaltet. Das Wesen von Desinformationen liegt in der Absicht, den Informationsraum durch verschiedene Mittel zu schwächen, nicht nur durch die Verbreitung falscher Inhalte, sondern auch durch das, was nicht berichtet wird. Die negativen Auswirkungen von Desinformationen auf die Gesellschaft liegen nicht unbedingt im Inhalt oder in der Lüge selbst, sondern in der Fähigkeit, sich zu verbreiten und im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Die Reichweite von Desinformationen reicht bis in den Bereich des Journalismus, wo Medienmanipulation und redaktionelle Auslassungen die Berichterstattung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen können. Die Auswirkungen von Desinformationen sind tiefgreifend, denn sie beschränken sich nicht auf die unmittelbaren Folgen falscher Darstellungen, sondern führen zu einer langfristigen Erosion des gesellschaftlichen Vertrauens. Wenn Gesellschaften wiederholt manipulierten Inhalten ausgesetzt sind, wird die Grundlage eines informierten Dialogs untergraben, was sich wiederum auf den öffentlichen Konsens bzw. die öffentliche Wahrnehmung auswirken kann.

Desinformationen können eine direkte Bedrohung für die Demokratie darstellen, indem sie beispielsweise Wahlprozesse manipulieren, falsche Darstellungen über Personen des öffentlichen Lebens verbreiten und die Wahrnehmung der Bürger in Bezug auf Regierungen beeinflussen. Indirekt können sie zu Problemen der öffentlichen Sicherheit führen, indem sie falsche Informationen über Gesundheitskrisen verbreiten oder zu gewalttätigen Aktionen/Verhaltensweisen anregen.

JOURNALISMUS, MEDIEN UND DER ÖFFENTLICHE DISKURS

Das digitale Zeitalter hat den Journalismus und den Medienkonsum stark beeinträchtigt. Wir beobachten eine Verlagerung auf die sozialen Medien als Hauptnachrichtenquelle, was wiederum zu einer Krise der traditionellen Mediengeschäftsmodelle geführt hat und viele Medienunternehmen in eine prekäre Lage gebracht hat. Der Aufstieg der sozialen Medien als primäre Nachrichtenquelle hat zu einem verstärkten Wettbewerb um die Aufmerksamkeit des Publikums geführt, was häufig auf Kosten der journalistischen Integrität geht. Als Reaktion darauf wenden Journalisten und Medienorganisationen neue Strategien zur Bekämpfung von Desinformationen an, darunter Faktenprüfungsdienste und investigativer Journalismus. Darüber hinaus wurde ein zunehmender Trend zur Nachrichtenvermeidung festgestellt, der auf eine gesellschaftliche Erschöpfung angesichts der derzeitigen Informationsflut hindeutet. Diese Vermeidung ist beunruhigend und stellt nicht nur eine Herausforderung für den Journalismus dar, sondern auch für die Struktur des demokratischen Engagements und der politischen Partizipation selbst.

MAßNAHMEN GEGEN DESINFORMATIONEN: EIN VIELSEITIGER ANSATZ

Der rechtliche und gesellschaftliche Rahmen für den Umgang mit Desinformationen ist eine sich entwickelnde Landschaft, die den ständigen Kampf um die Ausbalancierung von Technologie, Recht, Grundrechten und demokratischen Werten im digitalen Zeitalter widerspiegelt. Das Umfeld, in dem Desinformationen gedeihen, ist kompliziert und nutzt die zugrundeliegenden Schwachstellen in Gesellschaften aus. Desinformationen existieren nicht in einem luftleeren Raum, Desinformationsstrategien sind darauf zugeschnitten, gesellschaftliche Schwachstellen/Lücken zu identifizieren und zu verstärken, seien sie politischer, wirtschaftlicher, kultureller Art usw. Indem sie bereits bestehende Vorurteile und Ungleichheiten aufgreifen und verschärfen, finden Desinformationen einen fruchtbaren Boden. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Offline- und Online-Schwachstellen, so dass alle Bekämpfungsmaßnahmen in beiden Bereichen ansetzen müssen, um wirksam zu sein.

GEMEINSAME VORGEHENSWEISEN UND ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

Die Technologie erleichtert zwar die Verbreitung von Desinformationen, bietet aber auch Instrumente zu deren Bekämpfung. Algorithmen der künstlichen Intelligenz und des maschinellen Lernens können verschiedene Formen von Desinformationen mit zunehmender Genauigkeit erkennen und kennzeichnen. Der Einsatz von Technologie zum Filtern von Inhalten wirft jedoch ethische Bedenken hinsichtlich Zensur und möglicher Voreingenommenheit bei algorithmischen Entscheidungen auf. Wirksame Ansätze zur Bekämpfung von Desinformationen müssen daher an der Schnittstelle zwischen digitaler und gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit ansetzen. Dies legt nahe, dass Medienkompetenz und die Fähigkeit zum kritischen Denken sowie Initiativen zur Überprüfung von Fakten von größter Bedeutung sind, um eine kritische und informierte digitale Bürgerschaft aufzubauen. Um die Komplexität von Desinformationen zu bewältigen, ist ein vielschichtiger Ansatz erforderlich.

Es wird ein „gesamtgesellschaftlicher Ansatz“ gefordert, bei dem konzertierte Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft und im öffentlichen und privaten Bereich unternommen werden,

einschließlich der Regierung, der Technologieunternehmen, der Zivilgesellschaft und der Medien. Der Ruf nach Identifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, nach konzeptioneller Klarheit in Bezug auf Vertrauen und Zuverlässigkeit und nach maßgeschneiderten Antworten auf die verschiedenen Aspekte der Desinformationsproblematik wird immer lauter. Parallel dazu ist eine Regulierung zwar unabdingbar, doch sollte ein feines Gleichgewicht zwischen der Umsetzung von Regulierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen und der Gewährleistung, dass solche Maßnahmen nicht die Meinungsfreiheit unterdrücken und/oder zu einer übermäßigen staatlichen Kontrolle über Medien und Informationen führen, bestehen. Wir müssen uns auf kollaborative und interdisziplinäre Bemühungen verlassen, die Bildung, soliden Journalismus und Medienkompetenz sowie ethisch orientierte rechtliche Rahmenbedingungen in den Vordergrund stellen, wenn wir ein widerstandsfähiges Informationsökosystem in unseren Gesellschaften fördern wollen.

EIN WEG IN DIE ZUKUNFT

Die schwierige Desinformationslandschaft wird sich mit dem technologischen Fortschritt weiterentwickeln. Daher sind Investitionen in die Bildung sowie in Innovationen bei der Aufdeckung von Desinformationen von entscheidender Bedeutung, um die Auswirkungen von Desinformationen zu mindern. Der Umgang mit Desinformationen ist ein fortlaufender Prozess, der Anpassungsfähigkeit, Reflexion, Zusammenarbeit und ein ständiges Engagement für die Wahrung der Grundrechte und demokratischen Werte erfordert.

Wenn wir über die Erkenntnisse des FERMI-Webinars und dieses Dokuments nachdenken, können wir nur betonen, wie wichtig gemeinsame Anstrengungen sind, um die Integrität von Informationen zu wahren. Es ist klar, dass der Aufbau von digitalem Vertrauen und die Bekämpfung von Desinformationen eine konzertierte Anstrengung auf verschiedenen Ebenen und aus allen Bereichen der Gesellschaft erfordert. Beim Verstehen und Bekämpfen von Desinformationen geht es nicht nur um regulatorische Maßnahmen, sondern vor allem um die Förderung einer informierten und kritischen Öffentlichkeit, die in der Lage ist, im Zeitalter der Informationsflut die "Wahrheit" zu erkennen.

ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

Dieses Dokument wurde von [Convergence](#) als beauftragtem Partner des FERMI-Projekts im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften (SSH) und Aufgabenleiter im Bereich „Schulungsaktivitäten für alle: Verbesserung des Verständnisses und des digitalen Vertrauens“ erstellt und ist Teil des Schulungspakets, das die jeweiligen Schulungsaktivitäten während des Projekts ergänzt. Dieses Dokument wurde insbesondere im Anschluss an das FERMI-Webinar „A dive into the societal landscape of disinformation - Balancing between Law Enforcement and Fundamental Rights to Increase Digital Trust“ (Eintauchen in die gesellschaftliche Desinformationslandschaft - Ausgleich zwischen Strafverfolgung und Grundrechten zur Erhöhung des digitalen Vertrauens), das am 23.02.2024 stattfand, erstellt. Ziel der Schulungsmaßnahme/des Webinars war es, das Verständnis für Desinformationen und digitales Vertrauen zu verbessern. Zwei geschätzte Gastredner präsentierten ihre aufschlussreichen Ansichten und Forschungsergebnisse. Die erste Gastrednerin, Flavia Giglio,² konzentrierte sich auf ihre juristische Forschung über den EU-Rechtsrahmen für Desinformationen und die wichtigsten grundrechtlichen Herausforderungen bei der Annahme und Durchsetzung von Gegenmaßnahmen. Das Thema wurde von der zweiten Gastrednerin, Carme Colomina,³ Expertin für Kommunikation, Sicherheit und Geopolitik, weiter bereichert und ging über den FERMI-Kontext hinaus auf das breitere Spektrum der gesellschaftlichen Desinformationslandschaft ein.

Diese endgültige Version des Dokuments wurde von Convergence auf der Grundlage der Informationen und des Materials aus dem FERMI-Webinar „A dive into the societal landscape of disinformation - Balancing between Law Enforcement and Fundamental Rights to Increase Digital Trust“ bearbeitet.

² Flavia Giglio: Rechtsexperin im Bereich IT Recht, Cyberkriminalität und Grundrechte an dem KU Leuven Center für IT & geistiges Eigentumsrecht (CiTIP).

³ Carme Colomina: Senior wissenschaftliche Mitarbeiterin mit den Schwerpunkten Europäische Union, Desinformation und globale Politik am CIDOB (Barcelona Centre for International Affairs).

WEITERES LESEMATERIAL

Dieser Teil kann als Leitfaden für alle Interessierten dienen, die ihr Wissen über das Desinformationsphänomen erweitern wollen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass dies nur einige von vielen möglichen Vorschlägen/Referenzen sind, die in erster Linie aus dem Kontext des FERMI-Webinar und relevanter Gesetze/initiativen/Dokumente gewonnen worden sind, die mit den Richtlinien der Europäischen Kommission in Einklang stehen oder darauf Bezug nehmen.

- Bontcheva, Kalina, et al. *Balancing act: Countering digital disinformation while respecting freedom of expression*. Geneva, Switzerland: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2020).
- Charter of Fundamental Rights of the European Union. Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:12012P/TXT>
- Colomina, Carme and Sánchez Margalef, Héctor, *Othring and Belonging in a Europe in crisis: narratives, identities, and the New-Old divide*. Democracy & Belonging Forum, 2022
- Colomina, Carme, et al., *The impact of disinformation on democratic processes and human rights in the world*. Brussels: European Parliament (2021): 1-19.
- Council of Europe, *Information Disorder: Toward an interdisciplinary framework for research and policymaking*, Available at: <https://www.coe.int/en/web/freedom-expression/information-disorder>
- Council of the European Union, Council conclusions on Complementary efforts to enhance resilience and counter hybrid threats, 14972/19, 2019. Available at: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14972-2019-INIT/en/pdf>
- Council of the European Union, Council conclusions on strengthening resilience and countering hybrid threats, including disinformation in the context of the COVID-19 pandemic, 14064/20, 2020. Available at: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14064-2020-INIT/en/pdf>
- Directive (EU) 2016/680 of the European Parliament and of the Council of 27 April 2016 on the protection of natural persons with regard to the processing of personal data by competent authorities for the purposes of the prevention, investigation, detection or prosecution of criminal offences or the execution of criminal penalties, and on the free movement of such data, and repealing Council Framework Decision 2008/977/JHA (Law Enforcement Directive).
- European Commission, Action Plan against Disinformation (Joint Communication to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, 2018).
- European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on Tackling online disinformation: a European Approach, COM/2018/236 final, 2018. Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52018DC0236>
- European Commission, Directorate-General for Communication, (2019) Action Plan against disinformation : report on progress. Publications Office. Available at: <https://data.europa.eu/doi/10.2775/18729>
- European Commission, Joint Communication to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on Action Plan against Disinformation, JOIN(2018) 36 final, 2018. Available at: https://eeas.europa.eu/sites/default/files/action_plan_against_disinformation.pdf

- European Commission, Tackling online disinformation, 2021. Available at: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/tackling-online-disinformation>
- European Convention of Human Rights (ECHR), Available at: https://www.echr.coe.int/documents/d/echr/convention_ENG
- European Union, *Charter of Fundamental Rights of the European Union*, Official Journal of the European Communities, 2000. Available at: https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_en.pdf
- European Union, *The Strengthened Code of Practice on Disinformation* (European Union, 2022). Available at: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2022-strengthened-code-practice-disinformation>
- Flore, M., *Understanding Citizens' Vulnerabilities: From Disinformation to Hostile Narratives*, EUR 30029 EN, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2020, ISBN 978-92-76-14307-9, doi:10.2760/276141, JRC118914. Available at: <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC118914>
- Giglio, Flavia. Moderation of illegal content and social media scraping. Privacy and data protection constraints in the processing of publicly available data by law enforcement authorities. *i-Lex-Rivista di Scienze Giuridiche, Scienze Cognitive e Intelligenza Artificiale* 16.2 (2024): 17-33.
- Kalina Bontcheva and Julie Posetti (eds). *Balancing Act: Countering Digital Disinformation While Respecting Freedom of Expression*. Broadband Commission Research Report on Freedom of Expression and Addressing Disinformation on the Internet 2020. Available at: https://www.broadbandcommission.org/Documents/working-groups/FoE_Disinfo_Report.pdf
- Proposal (COD) 2021/0106 for a Regulation of the European Parliament and of the Council laying down harmonised rules on artificial intelligence (Artificial Intelligence Act) and amending certain Union legislative acts. Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A52021PC0206>
- Regulation (EU) 2016/679 of the European parliament and of the Council of 27 April 2016 on the protection of natural persons with regard to the processing of personal data and on the free movement of such data, and repealing Directive 95/46/EC (General Data Protection Regulation) (GDPR). Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R0679>

Die Europäische Kommission hat eine Reihe von Initiativen entwickelt, um gegen Desinformationen vorzugehen:

- die Mitteilung "Bekämpfung von Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz" ist eine Sammlung von Instrumenten, um die Verbreitung von Desinformationen zu bekämpfen und den Schutz der EU-Werte zu gewährleisten;
- der Aktionsplan zu Desinformationen zielt darauf ab, die Fähigkeiten und die Zusammenarbeit der EU bei der Bekämpfung von Desinformationen zu stärken;
- der Europäische Aktionsplan für Demokratie entwickelt Leitlinien für die Verpflichtungen und die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen im Kampf gegen Desinformationen;
- der Verhaltenskodex zu Desinformationen von 2018 war weltweit die erste Einigung der Industrie auf freiwilliger Basis auf selbstregulierende Standards zur Bekämpfung von Desinformation. Er diente der Verwirklichung der Ziele, die in der im April 2018 vorgelegten Mitteilung der Kommission.
- Das COVID-19-Desinformationsüberwachungsprogramm, das von den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes durchgeführt wurde, diente als Transparenzmaßnahme, um die Rechenschaftspflicht der Online-Plattformen bei der Bekämpfung von Desinformationen sicherzustellen.
- Die European Digital Media Observatory (EDMO) ist eine unabhängige Beobachtungsstelle, die Faktenprüfer und akademische Forscher mit Fachkenntnissen auf dem Gebiet der Online-Desinformationen, der sozialen Medienplattformen, der von Journalisten bestimmten Medien und der Vermittlung von Medienkompetenz zusammenbringt.
- Der am 16. Juni 2022 unterzeichnete vertiefte Verhaltenskodex für Desinformationen bringt ein breites Spektrum von Akteuren zusammen, die eine Reihe von freiwilligen Verpflichtungen zur Bekämpfung von Desinformationen akzeptiert haben.

PARTNERS

